

18.01.2008 [Annette Widmann-Mauz](#)

## **Das neue Finanzierungssystem wird die Transparenz im Gesundheitssystem befördern**

Rede zum Gesundheitsfonds

ZP.) Aktuelle Stunde auf Verlangen FDP Gesundheitsfonds stoppen - Beitragsautonomie der Krankenkassen bewahren

Herr Präsident!  
Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Politik beginnt zunächst einmal mit dem Betrachten der Realität.

(Dirk Niebel [FDP]: Hat er gerade gemacht!)

Das gelingt nicht mit dem Betrachten des Gutachtens, das im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft präsentiert wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das neue Jahr begann mit einem gesundheitspolitischen Schnellschuss, einem wahren Neujahrsböller: Viel Lärm um nichts. Dieses Gutachten ist fachlich mangelhaft,

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Sachverständigenrat! Krankenkassen!)

es ist spekulativ, es ist schlichtweg höchst unseriös.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Tatsachen werden einfach negiert, und es wird mit Spekulationen gearbeitet. Sie, Herr Bahr, wissen doch selbst: Die Entwicklung der beitragsrelevanten Einnahmen können Sie und wir im Moment überhaupt nicht abschätzen. Sie kennen nicht die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Jahr, auch wir kennen sie nicht. Im Moment steigt sie, und das ist gut. Sie kennen nicht die Zahl der Arbeitslosen am Ende dieses Jahres, auch wir kennen sie nicht. Im Moment sinkt die Zahl der Arbeitslosen durch die gute Politik der Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Das ist das Prinzip Hoffnung, Frau Widmann-Mauz!)

Sie kennen die Lohnentwicklung in diesem Jahr nicht. Ich höre, was die Gewerkschaften fordern, und deshalb lassen Sie uns doch erst einmal abwarten, wie sich die Einnahmen in diesem Jahr entwickeln.

Sie kennen das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats zum Risikostrukturausgleich seit gerade einmal sieben Tagen. Erst seit sieben Tagen ist es nämlich veröffentlicht. Es handelt sich um eine hochkomplexe Materie.

(Elke Ferner [SPD]: Zu kompliziert für den Herrn Bahr!)

Dass Sie schon heute den Mut haben, die Wirkungen, insbesondere die finanziellen Wirkungen, für jede einzelne Kasse und damit für jeden Versicherten abzuschätzen, finde ich erstaunlich. Dazu kann ich Ihnen nur gratulieren. Wir können das nicht. Wir machen seriöse Politik.

Auch über die Ausgabenentwicklung wird kräftig spekuliert. Sie kennen die Ergebnisse der Honorarvereinbarungen nicht, auch ich kenne sie nicht. Wie können Sie schon jetzt genau sagen, wie viele Milliarden am Ende dabei herauskommen? Herr Bahr, es geht schlichtweg nicht, dass Sie morgens mit den Ärzten, seien es die niedergelassenen Ärzte oder sei es der Marburger Bund, demonstrieren und sagen, dass die Ärzteschaft zu schlecht honoriert wird und die Arbeitsbedingungen zu mies sind, und sich nachmittags hier ans Pult stellen und die Beitragssatzsteigerungen beklagen, die zum Beispiel aus solchen Lohnerhöhungen resultieren. So geht es nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Falsche Finanzierung! Sie waren einmal dafür, dass wir die Finanzierung ändern!)

Sie alle wissen, dass dieses Gutachten Dinge schlichtweg übersehen hat, zum Beispiel dass der Steuerzuschuss im nächsten Jahr 4 Milliarden Euro betragen wird und deshalb 1,5 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr in den Fonds fließen werden. Niemand kann heute seriös den Beitragssatz vom 1. Januar nächsten Jahres benennen. Der allgemeine Beitragssatz im nächsten Jahr ergibt sich aus dem durchschnittlichen Beitragssatz dieses Jahres. Wenn die Beiträge in diesem Jahr stabil bleiben, dann hat das Auswirkungen auf das Jahr 2009. Es ist genauso irrwitzig, eine Verknüpfung zwischen möglichen Beitragssatzsteigerungen der gesetzlichen Krankenkassen und dem neuen Finanzierungssystem herzustellen. Das ist schlichtweg unlauter. Anders ausgedrückt: Wenn die Beiträge steigen, dann tun sie dies unabhängig davon, ob es einen Gesundheitsfonds gibt;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

denn ihr Anstieg hat ganz andere Gründe, die Sie kennen.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie übernehmen jetzt die politische Verantwortung!)

Ich will Ihnen ein Weiteres sagen. Sie tun hier immer so – auch heute Nachmittag wieder –, als ob der allgemeine Beitragssatz der einzige Bestandteil des Beitrags der Versicherten im nächsten Jahr und in der Zukunft wäre. Sie tun so, als ob jeder Versicherte bei jeder Kasse gleich viel bezahlen müsste. Aber das wird nicht der Fall sein. Das neue Finanzierungssystem besteht aus zwei Teilen, nämlich aus dem allgemeinen Beitragssatz, der einen Durchschnittssatz aller Kassen abbildet, und aus der Notwendigkeit, einen Zusatzbeitrag zu verlangen, oder der Möglichkeit, den Versicherten einen Pauschalbetrag zurückzugeben. Wer also heute in einer Kasse versichert ist, die wirtschaftlich effizienter arbeitet, der wird auch in Zukunft – wenn diese Kasse weiterhin so arbeitet – von Rückzahlungen profitieren können.

Das ist das neue System. Es bringt die Kassen dazu, dass sie sich jetzt auf diese Finanzierungsform vorbereiten. Sie organisieren ihre Verwaltungsstrukturen um. Sie schließen Verträge. Das alles läuft an. Die Rabattverträge, die geschlossen werden, bieten

doch ein Einsparpotenzial. Aber das beklagen Sie wiederum, weil das Einsparungen bringen könnte. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie auf den Barrikaden bei denjenigen stehen, die im Grunde jede Veränderung verhindern wollen – sie kämpfen an vielen Stellen dafür –, oder ob Sie dazu beitragen, dass diese wettbewerblichen Instrumente in unserem System mit dafür sorgen, Beiträge stabil zu halten und damit am Ende einen Fortschritt für die Versicherten zu erreichen.

Unsere Maßnahmen führen auch dazu, dass Ausgaben steigen. Wir haben hier im Parlament übereinstimmend festgestellt, dass wir zum Beispiel die Impfquote in Deutschland steigern wollen. Dann dürfen wir aber, wenn die Ärzte jetzt mehr impfen, nicht höhere Arzneimittelausgaben beklagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zum Beispiel werden in Berlin sehr viele HPV-Impfungen durchgeführt.

Auch Sie wissen: Wir wollen ebenfalls, dass weiterhin genügend Ärzte für die Versorgung in Deutschland zur Verfügung stehen. Dazu brauchen wir ein gerechtes Honorierungssystem. Wenn wir also wollen, dass den Versicherten der medizinische Fortschritt in einer alternden Gesellschaft zugutekommt, dann müssen wir es jetzt schaffen, dafür das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen.

Ich kann Ihnen von der FDP nur sagen: Sie haben heute wieder einmal demonstriert, dass Sie wissen, was Sie nicht wollen. Das ist nichts Neues. Das können Sie gut. Wenn Sie uns heute gesagt hätten, was Sie außer der Streichung des Fonds konkret tun wollen, um die Beitragssätze in unserem Land stabil zu halten, dann wäre das wirklich eine Aktuelle Stunde wert gewesen. So haben Sie wieder einmal mehr dazu beigetragen, die Menschen mit Spekulationen und Halbwahrheiten zu verunsichern, und Sie haben nur denen im Land wieder Hoffnung gemacht, die sich immer schon gegen Veränderungen, gegen mehr Transparenz und gegen mehr Wettbewerb gewehrt haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)